

Angriff auf Obdachlosen

In Berlin sind sieben junge Männer des versuchten Mordes angeklagt. Seite 9



Literarische Sensation

Bislang unbekannte Texte zeigen F. Scott Fitzgerald von einer neuen Seite. Seite 13

Foto: imago/Leemage

Nachdem Ende

Für die Braunkohlereviere müssen Lösungen her. Seite 17

Foto: AFP/Patrik Stollarz

neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Mittwoch, 10. Mai 2017

72. Jahrgang/Nr. 108

Bundesausgabe 1,80 €

www.neues-deutschland.de

STANDPUNKT

Proeuropäer

Tom Stroh Schneider über deutsche Belehrungen Richtung Paris

Nur Stunden nach der Wahl von Emmanuel Macron haben die Freunde der deutsch-dominierten Austeritäts-EU, die sich selbst gern »proeuropäisch« nennen, eine neue Platte aufgelegt – besser gesagt: eine alte. Belehrungen wie sie nun aus der Union und von Wirtschaftslobbyisten Richtung Paris gesandt werden, hört man ja nicht zum ersten Mal: Wer nicht nach der deutschen Pfeife »ReformAen« umsetzt und sich kaputtspart, dem wird sogar die Befähigung abgesprochen, sich zum Änderungsbedarf in der EU überhaupt zu äußern.

Mag sein, dass Macrons erste Vorschläge zu Korrekturen in der EU nicht weit genug gehen. Doch ohne Wandel in Berlin ist auch in Paris keine Kursänderung möglich, die nötig wäre, um eine Zukunft unter Le Pen zu verhindern. Darin liegt die Verantwortung der Linken hierzulande. Angesprochen ist damit auch die SPD, deren Ex-Chef als Außenminister eine wahrhaft proeuropäische Linie aufgezeigt hat, die der neue Spitzenkandidat offenbar nicht zu gehen bereit ist.

Der umschmeichelt lieber die Wirtschaftslobby mit der Verbeugung, nur eine Regierung führen zu wollen, »die proeuropäisch ist«. Das soll als Distanzierung von einer Mitte-Links-Koalition verstanden werden, demonstriert aber vor allem die Unfähigkeit, den Ernst der Lage zu erkennen. Wenn Schulz so weitermacht, darf die SPD ab Herbst mit denen weiterregieren, die sich »proeuropäisch« zwar nennen. Indem sie jede Änderung in der EU im »deutschen Interesse« blockieren, aber in Wahrheit weiter die Axt gegen Europa schwingen.

UNTEN LINKS

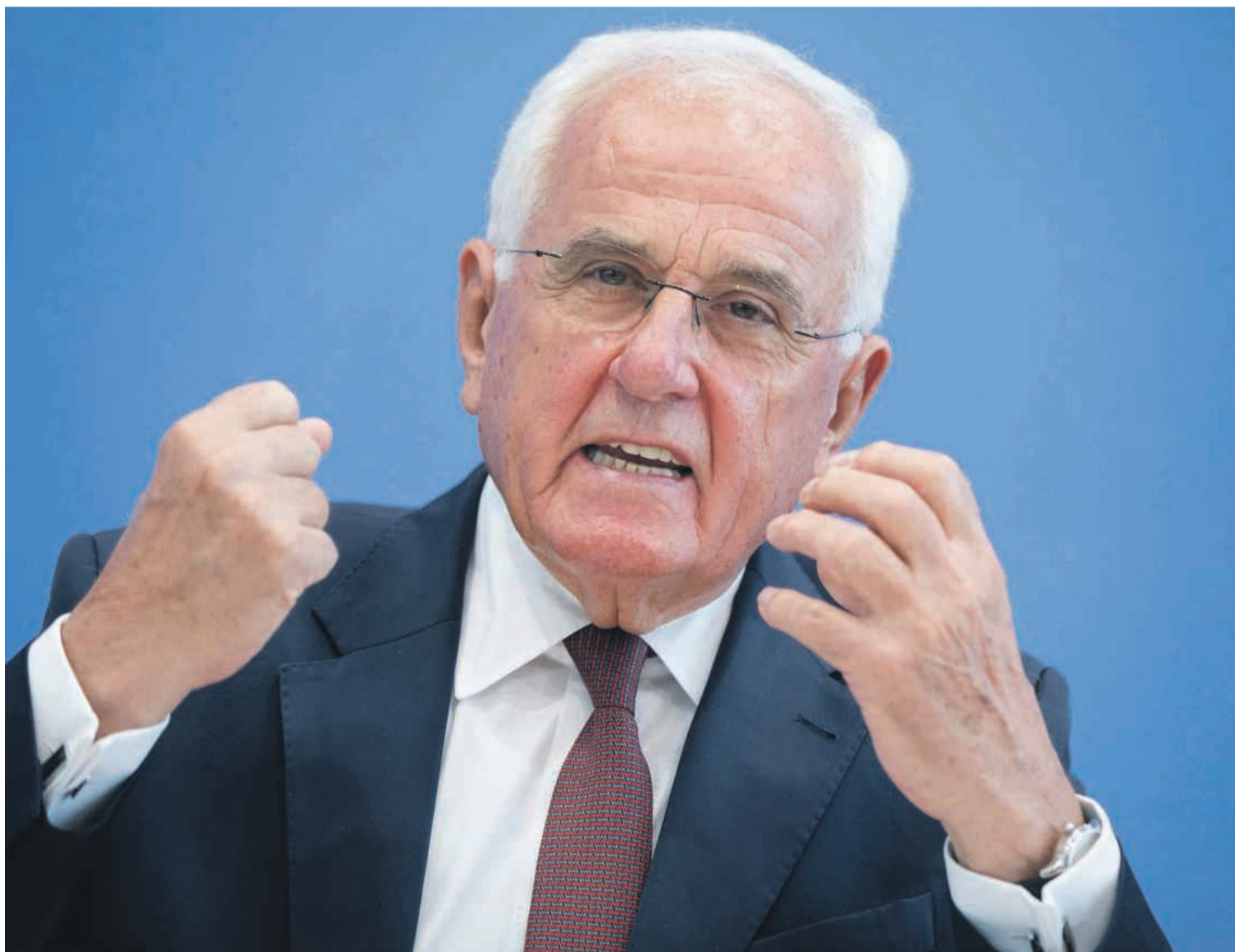
Ist die Bundeswehr auf dem Weg zu einer neuen Wehrmacht? Oder haben wir es schon mit einer neuen Wehrmacht zu tun, die noch Elemente von Bundeswehr enthält? Ja, natürlich, ketzerische Fragen, denen nun Ermittler in allen Bundeswehrkasernen nachgehen. Die einen sind pessimistisch: Nein, es handele sich um Ausnahmen, Einzelfälle, die Parlamentsarmee ist kein brauner Haufen. Weitaus optimistischer zeigt sich da die Verteidigungsministerin; sie glaubt, »dass das, was wir bisher wissen, nicht alles ist, sondern, dass sich dort noch mehr zeigen wird«. Kann durchaus sein, dass nach den ersten Fahndungserfolgen noch die eine oder andere landesnostalgische Traditionsecke gefunden wird. Soldaten sind eben keine hirnlosen Kommissköpfe, sondern geschichtsbewusste Menschen. Manche von ihnen haben erkannt, dass man an Vergangenes anknüpfen kann und deshalb das Hakenkreuz nicht unbedingt neu erfinden muss. Wenn das der Führer wüsste! wh

ISSN 0323-3375



Er ist wieder da

Peter Hartz präsentiert neue Konzepte gegen Arbeitslosigkeit



Der Namensgeber von Hartz IV

Foto: dpa/Kay Niefeld

Berlin. Für viele ist sein Name gleichbedeutend mit jenem System, das soziale Abstiegsängste befeuert und Millionen in die Armut geführt hat. Am Dienstag präsentierte Peter Hartz seine »Weiterentwicklung der Agenda 2010«. Die Bekämpfung von Jugend- und Langzeitarbeitslosigkeit steht nun im Fokus seiner Bemühungen. »Das Problem ist lösbar«, sagte der ehemalige VW-Manager, der als Berater von Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) am Abbau des Sozialstaats beteiligt war. Im Sommer 2002 hatte er als Leiter einer Expertenkommission der rot-grünen Regierung einen Katalog mit Vorschlägen für ei-

ne arbeitsmarktpolitische Radikalkur vorgelegt. Diese wurden in vier Gesetzen gegossen, das letzte und folgenschwerste Gesetz wurde unter dem Namen »Hartz IV« bekannt.

Das neue Konzept der Arbeitsgruppe des 75-Jährigen sieht eine angeleitete Selbsthilfe für Langzeitarbeitslose vor – betreut von sogenannten A-Trainern, die selbst einmal erwerbslos waren. Die Jugendarbeitslosigkeit soll mit Hilfe von »Talentdiagnostik« und einem »Beschäftigungsradar« bekämpft werden.

Mit Blick auf die Agenda 2010 zog Hartz eine überwiegend positive Bilanz. Die Bewältigung der Massenarbeitslosigkeit sei gelungen.

Karl Brenke vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) ist da anderer Meinung. Im nd-Interview erklärt der Volkswirt, dass Hartz IV keinesfalls die Grundlage für die gute Entwicklung am deutschen Arbeitsmarkt geschaffen habe. »Wenn man zurückschaut, findet man kaum Belege dafür, dass die Hartz-IV-Reformen erreicht haben, was ihnen heute zugeschrieben wird«, so Brenke. In die Talsohle, in der Deutschland in den früheren 2000er Jahren steckte, hätten vielmehr hohe Zinsen und eine Konjunkturlaute geführt. Als sich die Bedingungen besserten, ging es auch mit der Wirtschaft bergauf. nd Seite 2

Kaum gewählt, schon deutsch abgekanzelt

Unionspolitiker und Unternehmenslobby stemmen sich gegen Macrons erste Vorschläge zu EU-Korrekturen

Eben noch war er die Hoffnung Europas, doch schon bekommt Emmanuel Macron die ersten politischen Ermahnungen aus Berlin und Brüssel zu hören.

Berlin. Kurz nach seiner Wahl hat der kommende französische Präsident Emmanuel Macron die europapolitischen Kräfteverhältnisse zu spüren bekommen: Seine Pläne für Korrekturen in der EU stießen auf Ablehnung unter Anhängern des deutschen Austeritätskurses. Macron plädiert für einen Eurozonen-Finanzminister, einen Haushalt der Euro-Zone und für gemeinsame Anleihen.

Der CDU-Politiker Gunther Krichbaum, Chef des Europaausschusses des Bundestages, lehnte eine »Vergemeinschaftung von Schulden« gegenüber »Bild« ab. »Weder die Eurozone noch Frankreich leiden an zu wenig Schulden«, sagte auch Finanzstaatssekretär Jens Spahn von der CDU. FDP-Chef Christian Lindner hieb

in dieselbe Kerbe: »Frankreich löst seine Probleme nicht auf Pump.«

Aus Sicht des Fraktionschefs der Konservativen im EU-Parlament, Manfred Weber, darf Macron noch nicht einmal Änderungen in der EU vorschlagen. »Macron kann erst Reformschritte in Europa fordern, wenn er bewiesen hat, dass sein eigenes Land reformfähig ist«, so Weber in der »Rheinischen Post«. Er pochte auf so genannte Haushaltsdisziplin, eine Deregulierung des Arbeitsmarktes und den Abbau der Staatsquote, also auf eine Verringerung öffentlicher Ausgaben. Keinen Zentimeter von der bisherigen EU-Linie will auch Haushaltskommissar Günther Oettinger abrücken. Er halte »nicht viel« von Macrons Forderung nach einem Eurozonen-Finanzminister, so der CDU-Politiker.

Der Deutsche Industrie- und Handelskammertag stemmte sich ebenfalls sofort gegen die Überlegungen Macrons für ein Budget der Euro-Zone und die Ausgabe

von Euro-Anleihen. »Das würde den Standort Deutschland und Europa schwächen«, sagte der DIHK-Präsident Eric Schweitzer – weil »Kapitalanleger und Sparer das Vertrauen in den Euro verlieren könnten.«

Nach Ansicht des linken Europaabgeordneten Fabio De Masi spielen Macron und die Bundesregierung »Wahlkampf-Tennis vor den Parlamentswahlen in Frankreich und Deutschland«. Die Eurokrise werde »weder durch eine Fortsetzung der Kürzungspolitik überwunden noch durch einen europäischen Finanzminister«. Kern des Problems seien vielmehr die chronischen Exportüberschüsse Deutschlands.

In der Debatte werden auch Differenzen in der Großen Koalition sichtbar. Anders als die Union hatte sich Außenminister Sigmar Gabriel geäußert. »Es muss aufhören, dass wir den Franzosen ständig mit dem erhobenen Zeigefinger gegenüberstehen, nichts

mitmachen und sie sozusagen um jeden Millimeter Flexibilität in der Politik betteln lassen.« Der SPD-Mann hatte ausdrücklich auch den EU-Austeritätskurs von Finanzminister Wolfgang Schäuble kritisiert. nd/mit Agenturen Seite 7

ANZEIGE

ndLive
19./20. Mai 2017
Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin

Die Revolution fährt Fahrrad
www.ndlive.de

Weiterer Soldat festgenommen

Skandal um terrorverdächtigen Offizier Franco A. weitet sich aus

Karlsruhe. Im Fall des terrorverdächtigen Oberleutnants Franco A. ist am Dienstag ein weiterer Soldat festgenommen worden. Der 27 Jahre alte Maximilian T. soll zusammen mit den bereits Ende April festgenommenen Franco A. und Mathias F. aus einer rechts-extremistischen Gesinnung heraus »eine schwere staatsgefährdende Gewalttat« vorbereitet haben, wie die Bundesanwaltschaft in Karlsruhe mitteilte. Maximilian T. wurde im baden-württembergischen Kehl gefasst.

Nach den bisherigen Ermittlungen plante das Trio einen Angriff auf Politiker und Personen des öffentlichen Lebens, die sich zugunsten von Ausländern und Flüchtlingen engagieren. Dafür hätten die Beschuldigten mögliche Anschlagopfer in einer Liste unter verschiedenen Kategorien erfasst. Unter anderem seien dort Ex-Bundespräsident Joachim Gauck und Bundesjustizminister Heiko Maas (SPD) aufgeführt worden. Die Tat sollte nach Erkenntnissen der Ermittler als islamistischer Terrorakt eines anerkannten Flüchtlings getarnt werden. epd/nd Seite 6

Asyl für türkische Armeeangehörige

Mehr als 400 Anträge von Soldaten, Diplomaten, Richtern und Beamten

Köln. Erstmals haben mehrere türkische Soldaten und ihre Familien Asyl in Deutschland erhalten. Das Bundesinnenministerium bestätigte einem Bericht von WDR, NDR und »Süddeutscher Zeitung« zufolge, dass die ersten Anträge auf politisches Asyl türkischer Bürger mit Diplomatenpässen positiv beschieden wurden. Nach dem gescheiterten Militärputsch in der Türkei im vergangenen Juli wurden in dem Land zehntausende Menschen inhaftiert oder aus dem Staatsdienst entlassen. Bei den anerkannten Fällen handelt es sich auch um NATO-Soldaten, die vor ihrer Entlassung aus der türkischen Armee in Deutschland stationiert waren. Sie besitzen in der Regel einen Diplomatenpass.

WDR, NDR und »Süddeutsche Zeitung« berichteten unter Berufung auf das Bundesinnenministerium, dass seit dem Putschversuch bis Anfang Mai 414 türkische Soldaten, Diplomaten, Richter und hohe Staatsbeamte in Deutschland einen Asylantrag stellten. Diese Zahl umfasst demnach auch Familienangehörige. AFP/nd Seiten 4, 6 und 16

Linkspolitiker klar vorn in Südkorea

Unter Präsidentschaft von Moon Jae wird Kursänderung erwartet

Seoul. Der linksgerichtete frühere Menschenrechtsanwalt Moon Jae In ist am Dienstag zum neuen Präsidenten des Landes gewählt worden. Prognosen zufolge gewann Moon die Wahl, die nach der Amtsenthebung von Staatschefin Park Geun Hye nötig geworden war, mit deutlichem Vorsprung. Sein Wahlsieg könnte nun eine Kursänderung Südkoreas sowohl gegenüber Nordkorea als auch den USA zur Folge haben.

Moon ist der Sohn nordkoreanischer Flüchtlinge und ein ehemaliger Menschenrechtsanwalt, der einst wegen Protests gegen die Diktatur von Parks Vater Park Chung Hee in Haft saß. Laut den Prognosen, die drei Fernsehsender nach Schließung der Wahllokale veröffentlichten, kam der Kandidat der Demokratischen Partei auf 41,4 Prozent und lag damit weit vor seinen Konkurrenten. Der Konservative Hong Joon Pyo von der Regierungspartei der abgesetzten Staatschefin Park kam demnach auf 23,3 Prozent der Wählerstimmen, der Mitte-Politiker Ahn Cheol Soo auf 21,8 Prozent. AFP/nd